



„Denn fremd warst du im Land Ägypten“

Ein Beitrag zur Debatte über die Integration der angekommenen Flüchtlinge

Die Integration der angekommenen Flüchtlinge ist zu einer zentralen ethischen Herausforderung Deutschlands geworden. Es geht dabei sowohl um die Zukunft unseres sozialen und demokratischen Rechtsstaats, als auch um eine Neuausrichtung der Prioritäten für Staat und Verwaltung.

Um die Integration der Flüchtlinge zu erreichen, fordern wir als jüdische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine „Agenda der sozialen Gerechtigkeit“, verbunden mit einer neuen Bildungsdebatte und einem breiten gesellschaftlichen Bekenntnis zu den demokratischen Werten, zu denen immer auch die gelebte Religionsfreiheit gehört.

Jüdische Grundlage

Als Arbeitskreis (AK) jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verstehen wir uns sowohl in der jüdischen Tradition, als auch im sozialdemokratischen Denken verankert. Beide zusammen enthalten für uns die ethische Begründung dafür, dass der Staat und die Gesellschaft eine Integration von Menschen, die auf der Flucht vor Krieg, Terror und politischer Verfolgung nach Deutschland gelangt sind, bejahen. Es sind Muslime und Christen, die wegen des islamistischen Terrors und des inner-muslimischen Religionskriegs ihre Heimatländer verlassen. Auch Menschen aus Äthiopien und Eritrea suchen Zuflucht bei uns vor der staatlichen Unterdrückung. Bald werden auch Menschen zu uns kommen, die wegen der ethnischen und nationalistischen Unterdrückung aus der Türkei flüchten.

Die Grundlagen der jüdischen Tradition sind die hebräische Bibel und das rabbinische Schrifttum, vor allem der Talmud. In der hebräischen Bibel bilden die Befreiung von der Sklaverei und der Exodus aus dem Ägypten der tyrannischen Pharaonen die Grundmotive für Freiheit, soziale Gerechtigkeit und für ethische Verpflichtungen gegenüber den Anderen, die der Hilfe bedürfen. An einem der wichtigsten Feiertage, Pessach, erinnern Juden mit einem

festlichen Mahl (der Seder) an das Ende der Sklaverei und den Exodus (das christliche Abendmahl war ursprünglich ein Seder). In der Bibel steht:

"Wenn bei dir ein Fremder in eurem Lande weilt, sollt ihr ihn nicht kränken. Gleich dem Einheimischen unter euch sei euch der Fremde, der bei euch weilt, und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn Fremdlinge waret ihr im Lande Ägypten, ich bin der Ewige, Euer Gott." (Levitikus, Kapitel 19, Verse 33-34).

„Einen Fremdling sollst du nicht bedrücken; ihr wisst ja, wie einem Fremdling zu Mute ist; denn Fremdlinge waret ihr im Lande Ägypten.“ (Exodus, Kap. 23, Vers 9).

Zur Begründung der Zehn Gebote steht in der Tora:

„Denke daran, dass du ein Knecht im Lande Ägypten gewesen bist, und dich der Ewige, dein Gott, mit starker Hand und ausgestrecktem Arm von dort herausgeführt hat.“ (Deutronomium, Kap 5, Vers 15)

Das letzte Zitat führte insbesondere Eduard Bernstein, einer der wichtigsten jüdischen Sozialdemokraten, zur politischen Begründung des Kampfes für Völkerverständigung, soziale Gerechtigkeit und jüdisches Engagement in „sozialen Befreiungsbewegungen“ an. Als Reichstagsabgeordneter der SPD schrieb er im Februar 1917:

„Braucht es noch einer besonderen Darlegung, um erkennen zu lassen, warum der Jude, unbekümmert um seine persönliche Klassenlage, seine privaten materiellen Interessen, jenen sozialen Befreiungsbewegungen nicht fremd und teilnahmslos gegenüber stehen darf? Das Hauptgebet der jüdischen Religion enthält den Satz, der, in seiner vollen Bedeutung erfaßt, das kategorische Pflichtgebot für den Juden ausdrückt, für sie mit größter Hingebung einzutreten und in ihrem Sinne als Mittler der Völker sich zu betätigen: Gedenke, daß du ein Knecht warst in Ägypten!“ (Die Aufgaben der Juden im Weltkriege)

Die jüdische Ethik verpflichtet uns zum Engagement für die Emanzipation anderer. Das schließt auch eine politische Verantwortlichkeit für die Errichtung eines Gemeinwesen ein, das über jüdische Belange hinausgeht. Der Talmud sagt deutlich:

„Wer gegen die Fehltat seines Hausangehörigen nicht einschreitet, wird für die Fehltat seines Hausangehörigen verantwortlich gemacht. Wer gegen die Fehltat der Stadtregierung nicht einschreitet, wird für die Fehltat der Stadtregierung verantwortlich gemacht; und bei einer Fehltat von globaler Auswirkung ist man für die Fehltat von globale Auswirkung verantwortlich.“ (Babylonischer Talmud, Schabbat 54b-55a)

Wir sehen in der jüdischen Verantwortungsethik den Motor unseres politischen Engagements. Deshalb setzen wir uns für eine solidarische Gesellschaft ein, die nicht zwischen Deutschen und Flüchtlingen oder zwischen Juden und anderen unterscheidet. Das bedeutet eine Gesellschaft, die im Streben nach sozialer Gerechtigkeit die Würde aller Menschen achtet und durch Bildung sowie sozialer Absicherung allen Menschen die Chance gibt, sich zu emanzipieren und sich selbst zu verwirklichen. Ohne eine solidarische Gesellschaft ist die Demokratie brüchig und gefährdet. Ohne Demokratie gibt es keine solidarische Gesellschaft. Wir brauchen darum eine „Agenda der sozialen Gerechtigkeit“.

Agenda der sozialen Gerechtigkeit

In der bisherigen Flüchtlingspolitik zeigen sich die Stärken und Schwächen Deutschlands. Bewundernswert und erstaunlich sind

- das enorme Engagement der vielen, vielen freiwilligen Helfer aller Altersgruppen und sozialer Schichten, der vielen Nachbarschaftsinitiativen und Vereine,
- die Kreativität und Flexibilität der kommunalen Verwaltungen, der Schulen und sogar der Bundesagentur für Arbeit. Die Verwaltung bewegt was in Deutschland.

Das starke Engagement der kommunalen Selbstverwaltung und der Freien Wohlfahrtsverbände, vor allem aber das Bewusstsein vieler Menschen in Deutschland für die Notwendigkeit des eigenen sozialen Engagements als wesentliche Bedingung für die Demokratie dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Politik und Gesellschaft noch lange nicht die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration der Flüchtlinge geschaffen haben.

Aus unserer Sicht ist eine breite politische Debatte über eine Neusetzung der Prioritäten der Politik notwendig. Priorität haben aus unserer Sicht:

- eine bedeutende finanzielle und personelle Stärkung sowie eine weitere soziale Öffnung und Durchlässigkeit der schulischen Bildung, der beruflichen Ausbildung und Erwachsenenbildung;
- eine stärkere Verankerung von Inhalten und Lernmethoden in allen Schulformen mit dem Ziel, kulturelle Vorurteile und Antisemitismus zu erkennen und entgegenzuwirken. Damit soll auch die Demokratiefähigkeit der Schüler gestärkt werden. Diese Ziele sollen von Anfang an die Integrationskurse der Flüchtlinge prägen;
- eine stärkere finanzielle Förderung der sozialen Arbeit der Freien Wohlfahrt;
- eine enorme Steigerung des Wohnungsbaus der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsgesellschaften sowie eine deutliche Reduzierung der Bau- und Planungsvorschriften, die nicht der Sicherheit dienen, aber das Bauen teurer machen;
- eine wirksame Verzahnung von Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Finanzpolitik zur Förderung von Arbeitsplätzen für die Menschen, für die der freie Markt immer weniger Stellen bietet.

Es geht um eine „Agenda der sozialen Gerechtigkeit“.

Eine wesentliche Grundlage dieser „Agenda der sozialen Gerechtigkeit“ ist die Finanzierung durch den Bund, ohne Kostenteilung mit den Bundesländern und Kommunen. Das heutige Subsidiaritätsprinzip, wonach der Bund das Geld hat und stolz die schwarze Null gegenüber Südeuropa „predigt“, während die Kommunen und Freien Wohlfahrtsverbände unter dem Druck der knappen Kassen die Leistungen erbringen, die Deutschland zum sozialen Staat machen, widerspricht dem Solidaritätsprinzip. „Es darf nicht zu einer kalten Kommunalisierung der Integrationskosten kommen.“ (Ulrich Maly, Nürnberger Oberbürgermeister, SPD)

Die Anstrengung einer Integrationspolitik erfordert eine gesellschaftliche Auseinandersetzung über das Grundverständnis unserer Demokratie in Deutschland und Deutschland als Teil einer demokratischen Europäischen Union. Im Jahr 2015 gab es hunderte Brandstiftungen, um

geplante Flüchtlingsunterkünfte zu zerstören. In diesem Zusammenhang öffnet sich die AfD bewusst dem Rechtsextremismus. Die Integration der Flüchtlinge erfordert deshalb auch eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus und dem Rechtsextremismus. Der Rechtspopulismus mit seiner weiten Öffnung zum Rechtsextremismus offenbart die größte politische Schwäche Deutschlands.

Religion in der säkularen Gesellschaft

Die Flüchtlinge, die dem Terror und Krieg entkommen, stammen aus muslimisch geprägten Staaten, die sich seit Jahrzehnten kriegerisch gegen Israel stellen. Der arabische und der iranische Terrorismus, der sich gegen Israel und die Juden richtet, findet seit Jahrzehnten in den Straßen und Palästen des Nahen Ostens und Nordafrikas offene Zustimmung. Der Staatsislam hat sich in einen tiefen moralischen Relativismus begeben, in dem der Terrorismus gegenüber Israel und Juden als „Widerstand“ glorifiziert wird. Judenhass bildet einen integralen Bestandteil der dortigen politischen Kultur, er prägt Schulbücher und Medien. Der islamistische Terror sowie der inner-muslimische Religionskrieg werden so lange andauern, wie diese muslimisch geprägten Gesellschaften und der Staatsislam nicht bereit sind, den Terror absolut und ohne Einschränkung abzulehnen.

In der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland besteht die Sorge, dass der in arabischen Staaten, Moschee und Medien propagierte Judenhass in den Köpfen vieler Flüchtlinge aus dem Nahen Osten und Nordafrika steckt und nicht schon durch die Ankunft in Europa abzulegen ist. Es gibt einen jüdischen Konsens darüber, dass diese Sorge kein Grund dafür sein darf, das Gebot den Fremden zu helfen, nicht einzuhalten. Trotzdem darf diese Sorge nicht verdrängt werden und muss eine wesentliche Rolle bei der Integration der Flüchtlinge spielen.

Wir glauben, dass wir gerade in Deutschland die Chance haben, Bedingungen zu schaffen, durch die sich der Islam in Europa weg von einer arabischen oder iranischen Theokratie, hin zu einer Religion in der säkularen Gesellschaft entwickeln kann. Das bedeutet, dass der Islam in Europa zu einer Religion wird, die den demokratischen Rechtsstaat und die Würde des Einzelnen bejaht und damit sein Recht auf Emanzipation und Selbstverwirklichung im Rahmen der demokratischen Gesetze. Wir hoffen, dass eine solche Entwicklung auf die muslimisch geprägten Staaten im Nahen Osten und Nordafrika ausstrahlt und vielleicht langfristig eine friedliche Entwicklung fördert.

Judentum und Christentum haben eine positive Einstellung zum sozialen und demokratischen Rechtsstaat entwickelt. Im Islam gibt es hierzu starke Ansätze, die aber in Deutschland gefördert werden müssen, um sich gegen einen theokratisch eingestellten Islam durchsetzen zu können. Es ist deshalb unbedingt notwendig, eine breite Debatte über die religiöse Zustimmung zum sozialen und demokratischen Rechtsstaat als Religion in der säkularen Gesellschaft zu führen. Das ist eine Integrationsleistung, die von den jüdischen, christlichen und muslimischen Gemeinden gemeinsam in Deutschland zu erbringen ist.

Deutschland ist seit der Befreiung von der Naziherrschaft durch die Alliierten zu einem Land tiefgreifender demokratischer Veränderungen geworden. Das war aber ein langer Weg gegen eine konfliktreiche Verdrängung, da die Mentalität aus der Kaiser- und Nazizeit noch lange in der Bundesrepublik nachwirkte. Geholfen wurde den Deutschen mit einer demokratisch

orientierten Bildung, die sich letztendlich durchsetze, sowie heftigen politischen Auseinandersetzungen über die demokratischen Grundwerte. Deshalb sind Bildung und die gesellschaftliche Debatte über die Grundlagen unseres Rechtsstaats und der EU auch weiterhin von zentraler Bedeutung.

Abraham de Wolf, Bundesvorstand, Rechtsanwalt,

Autor: „Hugo Sinzheimer und das jüdische Gesetzesdenken im deutschen Arbeitsrecht“

Petra Somberg-Romanski, Bundesvorstand, Geschäftsführerin

Vered Zur-Panzer, Bundesvorstand, Geschäftsführerin

Keiko Gutmann, Rechtsanwältin

Dr. Nina Kölsch-Bunzen, Professor an der Hochschule Esslingen, Fakultät Soziale Arbeit, Gesundheit und Pflege

Dr. Walter Oswald, Wissenschaftlicher Leiter des Walter-Eucken Archivs Frankfurt, Wirtschaftsphilosoph,

Salomon Ykealo, Betriebswirt